



EnEV-online Medien-Service für Redaktionen

Institut für Energie-Effiziente Architektur mit Internet-Medien
Melita Tuschinski, Dipl.-Ing.UT, Freie Architektin, Stuttgart

Internet: <http://medien.enev-online.de> | medien@enev-online.de |

12.12.2005



Roth: "Energetische Gebäudesanierung Schlüsselaufgabe für den Klimaschutz"

**Bundesregierung wird Einführung von Energieausweisen im Gebäudebestand mit Hochdruck vorantreiben -
- EnEV-Novelle derzeit in Vorbereitung**

"Politik und Industrie stehen vor großen Herausforderungen. Die Verbesserung der Gebäudequalität, eine Senkung der Energiekosten und verstärkte Impulse für den Arbeitsmarkt sind Aufgaben, die sich in der Modernisierung des Gebäudebestands bündeln. Für die neue Bundesregierung ist die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden deshalb eine wichtige Aufgabe. Daher wollen wir das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW auf 1,5 Milliarden Euro aufstocken", sagte Karin Roth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesbauminister, am 09.12.2005 auf der Mitgliederversammlung der Bundesinitiative "Jetzt!".

Die Initiative ist eine Interessengemeinschaft von Unternehmen und Verbänden der Baustoffindustrie und wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt. Sie versteht sich als Dialogplattform von Politik, Industrie und Wissenschaft im Bereich der energiegerechten Modernisierung und Instandsetzung.

Die Staatssekretärin kündigte an, dass die neue Bundesregierung mit Hochdruck die Einführung von Energieausweisen im Gebäudebestand vorantreiben werde. Der Entwurf für die notwendige Novellierung der Energieeinsparverordnung befinde sich derzeit in Vorbereitung. "Der Energiepass wird für mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt sorgen. Es ist ein Vorteil für die Verbraucher, wenn sie einen Hinweis auf die energetische Qualität der angebotenen Immobilie erhalten", sagte die

Staatssekretärin. Sorgen über unangemessene Belastungen der Immobilienwirtschaft seien unbegründet. "Unser Ziel sind einfache und kostengünstige Lösungen. Dazu werden wir auch großzügige Übergangsregelungen schaffen. Niemand wird von heute auf morgen einen Energiepass vorlegen müssen", so Roth. Sie wies darauf hin, dass es bis zum Abschluss des Verordnungsverfahrens bei der alten gesetzlichen Regelung bleibt. Demnach sind für Neubauten seit Anfang 2002 ohnehin Energiebedarfsausweise Pflicht.

■ Quelle und Informationen:

Datum: 09.12.2005

Herausgeber: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Pressesprecher: Dirk Inger

Invalidenstraße 44, D-10115 Berlin

Telefon: + 49 (0) 30 / 20 08 - 20 42

Telefax: + 49 (0) 30 / 20 08 - 20 59

Internet: www.bmvbw.de